



KAPER BRIEF

Piratenzeitung zu Berlin



Dir Deine Zukunft!

Bildung

Unser Themenextra über
piratige Bildungspolitik
Seiten 5-8

Nur für Erwachsene!?

Auch Jugendliche können
Politik machen – wir sagen
wie

Seite 2

JMStV

Der Internet-Kropf – Julia
Reda, Chefin der Jungen
Piraten, im Interview

Seite 3

Test

Wieviel Pirat steckt in Dir?
Seite 4

Freie Noten

„Kinder wollen singen“
bringt Liederbücher in Kitas
Seite 9

Schule 2020

Eine kleine Utopie
Seite 10



PD: Wilhelm Busch

Bildung in der Informationsgesellschaft

Die weltweit vernetzte Informationsgesellschaft macht uns immer mehr Wissen und Informationen zugänglich. Das überfordert mitunter Manchen von uns. Ganz neue Formen der Informationsverarbeitung, der Kommunikation und der Zusammenarbeit entwickeln sich in dieser Gesellschaft. Die bisher in der Schule, Berufsschule oder Hochschule vermittelten Methoden zum Erwerb von Wissen verlieren zunehmend an Bedeutung. Viel wichtiger wird die Fähigkeit des Schülers oder Studenten, Informationen zu finden, auszuwählen und in ihrer Bedeutung zu bewerten. Das beginnt im Kindergarten und bleibt ein lebenslanger Prozess. Ein zukunftsfähiges Bildungssystem muss sich diesen neuen Herausforderungen stellen und die damit einhergehenden Chancen erkennen und nutzen.

Aber das Recht auf Bildung – und zwar auf eine von finanziellen und sozialen Barrieren freie Bildung – will und wird mehr bewirken als nur die Verbesserung der Erwerbs- und Berufsaussichten des Einzelnen. Es wird uns alle bereichern, denn wir alle können dann besser und gleichberechtigter am demokratischen Prozess in einer freiheitlichen Gesellschaft teilnehmen. Die Entwicklung einer selbstbewussten, mündigen und kritischen Persönlichkeit ist ein wesentlicher Aspekt von Bildung, der durch die Demokratisierung von Bildungseinrichtungen unterstützt und gefördert wird; demokratische Werte werden dabei nicht nur vermittelt, sondern auch gelebt.

In dieser Ausgabe des Kaperbriefs werden einige dieser Themen angesprochen und erläutert, wie sich Piraten eine zukunftsorientierte Bildung vorstellen und wünschen.

Also lautet ein Beschluss:
Daß der Mensch was lernen muß.
Nicht allein das A-B-C
Bringt den Menschen in die Höh';
Nicht allein im Schreiben, Lesen
Übt sich ein vernünftig Wesen;

Nicht allein in Rechnungssachen
Soll der Mensch sich Mühe machen;
Sondern auch der Weisheit Lehren
Muß man mit Vergnügen hören.
Daß dies mit Verstand geschah,
War Herr Lehrer Lämpel da.

Kaperbrief
Piratenzeitung zu Berlin
ISSN 2191-3056
www.kaperbrief.org



Nur was für Erwachsene!?

Politische Partizipation von Jugendlichen von Steffen Ostehr und Susanne Graf

Gemessen an der landläufigen Meinung besteht bei der heutigen Jugend kein Interesse an politischer Aktivität und Mitarbeit. Doch entspricht dies tatsächlich der Realität?

Der Eindruck, die Jugend von heute hätte nichts mehr für Politik übrig, ist der Tatsache geschuldet, dass Jugendliche im neuen Jahrtausend sich immer weniger mit den etablierten Parteien identifizieren können und in den alt eingesessenen Strukturen kein geeignetes Forum mehr vorfinden. Bürokratisch, überaltert, träge und geradezu ablehnend gegenüber allem Neuen zeigen sich die heutigen Volksparteien. Doch die Jugend dieses Landes erwartet direkte Partizipation, sie will sich einsetzen und vor allem:

Wir wollen gehört werden!

Es entsteht der Eindruck, die nächste Generation wende sich von der Politik ab. Doch darf man sich bei einer genaueren Betrachtung keineswegs auf die etablierten Parteien beschränken. Viele Jugendliche sind heute in außerparlamentarischen Organisationen oder Vereinen, wie zum Beispiel der Greenpeace Jugend oder Attac, aktiv. Jungen Erstwählern geht es weniger um farbentreue Parteizugehörigkeit, viel mehr um unmittelbare Aktionen und Teilhabe rund um Themen, die sie individuell beschäftigen und betreffen. Ein träger Parteiapparat mit seinen festen Hierarchien ist bei ihrem Engagement nur ein Hindernis zum Erreichen ihrer Ziele.

An dieser Stelle erscheint der Vorwurf, dass sich Jugendliche nicht in das politische Geschehen einbringen, in einem ganz anderen Licht. Anstatt den Jugendlichen die Schuld dafür zu geben sich nicht zu beteiligen, sollte man sich überlegen, welche Möglichkeiten man schaffen kann, um ihnen das Mitwirken in der Politik zu erleichtern.

Die Meinung der nachwachsenden Generationen ist wichtig und verdient es gehört zu werden. Doch wie führt man die heutige Jugend zurück zur direkten Politik und animiert sie, sich wieder aktiv in den demokratischen Meinungsbildungsprozess mit einzubringen?

In einem demokratisch organisiertem Staat wie der Bundesrepublik Deutschland bieten Wahlen die höchste Partizipationsmöglichkeit für jeden Bürger. Allerdings dürfen auf Bundesebene nur volljährige Bürger wählen.

Seit 1996 werden bundesweit Wahlen für Minderjährige durchgeführt, welche mit ste-



CC-BY-SA: Tobias Eckrich

Susanne Graf, 18, Abiturientin, Kandidatin für das Abgeordnetenhaus

tig wachsender Begeisterung wahrgenommen werden. Viele Schulen und freiwillige Helfer beteiligen sich bei der Organisation und Durchführung.

Auch zur Abgeordnetenhauswahl in Berlin am 9. September diesen Jahres werden U18-Wahlen stattfinden. Dabei wird die Möglichkeit geschaffen, durch die Stimmabgabe Stellung zu beziehen. In den einzelnen Bezirken werden verschiedene Wahllokale bereitgestellt und laden zum Mitmachen ein.

Außerhalb der Wahlen gibt es natürlich auch die Möglichkeit, sich in Parteien bzw. in deren Jugendorganisationen zu engagieren. Dort haben politisch interessierte junge Menschen die Möglichkeit parteinah ihre Ideen sowie Ideale einzubringen und so auch aktiv auf die Entwicklung der Partei Einfluss zu nehmen. Dennoch besteht auch hier das Problem, dass hierarchische Strukturen innerhalb der großen Volksparteien stark verbreitet sind und daher individuelle Meinungen nur schwer Gehör finden. Sofern das politische Engagement unabhängig von einer Partei, aber dennoch nah am Staat sein soll, so bieten Jugendparlamente und Jugendgemeinderäte eine sehr gute Alternative.

Das Ziel des Kinder- und Jugendparlaments Charlottenburg-Wilmersdorf, welches bereits seit 2003 besteht, ist es das politische Engagement von Jugendlichen auf Bezirksebene zu fördern. Mindestens vier Mal im Jahr treffen sich die Jugendlichen, um über bezirkspolitische Themen zu debattieren. Jährlich finden Neuwahlen des Parlamentsvorstandes statt und es werden Auftaktseminare durchgeführt. Dort

werden neben dem Verhaltenskodex auch Wissen in Rhetorik, im Vermitteln politischer Themen sowie im Schreiben von Reden gelehrt.

Veranstaltungen des Kinder- und Jugendparlamentes Charlottenburg-Wilmersdorf finden im Rahmen der Vorbereitung auf die U18-Wahlen statt. Ziele sind beispielsweise die Erweiterung des Angebotes von Einrichtungen für Kinder und Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren sowie das Herabsetzen des Wahlalters zur Abgeordnetenhauswahl auf 16 Jahre.

Gerade in Baden-Württemberg sind Jugendgemeinderäte sehr stark verbreitet. Dort haben Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren die Möglichkeit sich an den politischen Entscheidungen innerhalb des Gemeinderates zu beteiligen. Einige Kommunen räumen den Vertretern des Jugendgemeinderates sogar ein Rede- und Antragsrecht ein. Somit können Jugendliche lernen ihre Ziele klar zu formulieren und gegenüber den „großen Politikern“ zu etablieren. Das Konzept der baden-württembergischen Jugendpartizipation wird in ähnlicher Weise auch in Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Bayern angewandt.

Dennoch muss sich die politische Landschaft weiter verändern und an die Bedürfnisse der jungen Menschen in Deutschland anpassen. Ein zeitgemäßer Wandel hin zu zukunftsweisenden Kommunikations- und Partizipationsmöglichkeiten mit Hilfe der neuen Medien ist unvermeidlich.

Die deutsche Politik ist auf neue Impulse der Jungen angewiesen und die etablierten Parteien täten gut daran, diese nicht zu ignorieren. Das Herabsetzen des Wahlalters auf 16 Jahre hätte nicht nur Symbolcharakter, sondern würde auch Hürden und Berührungängste abbauen.



U18-Wahl in Berlin: 09.09.2011
www.u18.org
www.u18.org/berlin/wahllokale

Der Internet-Kropf JMStV

Jugendmedienschutz-Staatsvertrag Interview mit Julia Reda, JuPi-Chefin

Kaperbrief (KB): Der „Jugendmedienschutz-Staatsvertrag“ ist schlussendlich ja abgelehnt worden. Was genau ist der sogenannte JMStV und seid ihr Jungen Piraten mit dem Ergebnis zufrieden?

Julia: Genau genommen ist nicht der Jugendmedienschutz-Staatsvertrag abgelehnt worden, sondern dessen Änderung (JMStV-E). Der JMStV ist ein Vertrag zwischen den Bundesländern, der den Kinder- und Jugendschutz im Rundfunk und in den so genannten Telemedien in allen Bundesländern einheitlich regeln soll, da Rundfunk in Deutschland ja Ländersache ist. Dieser Vertrag ist nach wie vor in Kraft.

Dass die Änderung nun geplatzt ist, werten wir als Erfolg, weil diese vor allem die Rechte kleiner und nichtkommerzieller Webseitenbetreiber massiv eingeschränkt hätte. Es gibt aber nach wie vor großen Verbesserungsbedarf in Sachen JMStV.

KB: Welche Vorschriften wollte der Gesetzgeber den Webseitenbetreibern denn machen? Es kann doch nicht jeder Schüler seine private Homepage vom Staat zertifizieren lassen?

Julia: Genau da lag eines der Hauptprobleme. Webseitenbetreiber, die ihre Inhalte nicht durch Altersverifikationen sperren oder nur nachts verfügbar machen wollten, hätten ihre Seiten selbst mit Kennzeichen versehen müssen, die angeben, für welche Altersgruppen sie geeignet sind. Wie der Arbeitskreis gegen Internetsperren und Zensur gezeigt hat, ist das für private Anbieter ohne ein großes Budget überhaupt nicht möglich. Viele z.B. Blogger hätten ihre Webseiten in vorauseilendem Gehorsam auf „ab 18 Jahre“ einstellen müssen, um sich rechtlich abzusichern. Das hätte nicht nur Jugendliche z.B. an Schulen in ihren Informationsmöglichkeiten massiv eingeschränkt, sondern gerade die nicht professionelle, freie Meinungsäußerung über das Netz gestört.

KB: Wie kam es dazu, dass die Änderung gescheitert ist?

Julia: Dass der Änderungsvertrag jetzt gescheitert ist, liegt nicht etwa an einem Sinneswandel der etablierten Parteien, sondern an parteipolitischem Kalkül. Ein Staatsvertrag kommt nur zustande, wenn alle Bundesländer zustimmen. Aber in Nordrhein-Westfalen hat sich abgezeichnet, dass die rot-grüne Minderheitsregierung die nötigen Stimmen nicht zusammenbekommen würde, also hat sie den

Vertrag lieber auch abgelehnt, um sich nicht zu blamieren. Besonders traurig ist dabei, dass Union, SPD, FDP, Linke und Grüne allesamt in mindestens einem Bundesland zugestimmt haben, sobald sie an der Regierung waren. Zur Verhinderung des JMStV-E konnte man guten Gewissens nur die Piraten wählen.

KB: Wieso ist nach dem Scheitern der Änderung das Thema JMStV noch auf der politischen Tagesordnung der Jungen Piraten?

Julia: Das hat zwei Gründe: Erstens sind einige der von den JuPis kritisierten Probleme bereits im aktuell gültigen JMStV zu finden, zum Beispiel die völlig weltfremden Sendezeitregelungen für Webseiten. Irgendwo auf der Welt ist es immer nach 22 Uhr – und wer glaubt, die Online-Kommunikation würde an Zeitzonengrenzen Halt machen, hat das Internet nicht verstanden.

Beim Lesen des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages hat man immer das Gefühl, dass die Autoren beim Verfassen nur an den Rundfunk gedacht haben, in dem die Rollenverteilung zwischen kommerziellem Inhalteanbieter und passivem Konsumenten klar ist. Die Verfechter des JMStV leben in einer Scheinwelt, in der das



CC-BY-SA: Tobias Eckrich

Julia Reda, studiert Politik und Publizistik und ist Vorsitzende der Jungen Piraten (JuPis)



Internet so funktioniert wie das Fernsehen.

Dass die Grenzen zwischen Sender und Empfänger verwischen und der Erfolg des Internets gerade darin begründet liegt, dass man sich auch als Privatperson und ohne viel Geld Gehör verschaffen kann, wird dabei völlig verkannt. Die Jungen Piraten wollen deshalb Rundfunk und Internet in der Gesetzgebung trennen, weil die Anwendung der alten Rundfunkstaatsverträge auf das Netz unweigerlich zu unfairen und unsinnigen Regelungen führt.

KB: Wie stehen die Jungen Piraten zum Jugendschutz im Netz?

Julia: Sinnvoller und wichtiger als Jugendschutz ist im Netz der Kinderschutz. Eine Umfrage der BITKOM hat ergeben, dass die meisten Jugendlichen ab 13 Jahren besser mit dem Computer umgehen können als ihre Eltern. Es ist illusorisch, dass Eltern in dieser Altersgruppe technische Filter einsetzen, die ihre Kinder nicht mühelos umgehen können. Jugendliche wollen wir vor allem durch Angebote ansprechen, sich selbst kritisch mit ihrem Kommunikationsverhalten auseinanderzusetzen, zum Beispiel mit unserem Projekt „Hol dir deine Daten zurück“, das über Datenschutzrisiken in Sozialen Netzwerken aufklärt.

Bei den Jüngeren sind vor allem die Eltern gefragt, die es mit Empfehlungsseiten besonders geeigneter Webseiten für Kinder und durch Angebote zum Umgang mit neuen Technologien (zum Beispiel mit Eltern-LANs) zu unterstützen gibt. Die Eltern haben das Surfverhalten ihrer Kinder aber schon wesentlich besser im Blick als gemeinhin angenommen. Nur 3% der in der BITKOM-Studie „Jugend 2.0“ befragten 10-12-Jährigen gaben an, dass ihre Eltern überhaupt nicht darauf achten, was für Webseiten sie besuchen. Einige Rufe nach der Verschärfung des Jugendschutzes in Deutschland – der übrigens einer der strengsten der Welt ist – zeugen eher von der Ratlosigkeit der Politiker gegenüber dem Internet als von wirklichem Handlungsbedarf.

KB: Wir danken Dir für das Gespräch!

Lena (Fortsetzung): Deshalb setzen wir auf Ganztagsangebote und bedarfsorientierte Unterstützung. Und wir setzen auf Gemeinschaft. Das schließt Individualität aber nicht aus: In der Gemeinschaftsschule können Kinder zusammen lernen, sich dabei auch gegenseitig unterstützen, müssen aber trotzdem nicht zur selben Zeit dasselbe tun.

KB: Gemeinschaft, Unterstützung, Freiheit, selbstbestimmtes Lernen, Das würden manche jetzt als Kuschelpädagogik bezeichnen. Führt das denn am Ende auch zu Lernerfolg?

Lena: Ja, wir glauben, dass auf diese Weise auch der Bildungserfolg am größten ist. Kinder sind von Natur aus neugierig und wollen lernen. Wenn aber alle dasselbe zur selben Zeit lernen müssen, ist das nicht effektiv. Langsamer Lernende werden abgehängt und als „schlecht“ klassifiziert, andere werden wiederum ausgebremst. Diese Gleichmacherei führt auf allen Seiten zu Demotivation! Alle verschwenden Zeit darauf, etwas zu lernen, was sie gleich wieder vergessen statt effektiv den Themen zu folgen, die sie interessieren und in denen sie gut sind.

Georg: Ineffektiv und unfreiheitlich ist derzeit außerdem der Umgang mit Abschlüssen. Wir wollen deshalb die Möglichkeiten für externe Abschlüsse vergrößern, denn für einen Abschluss sollte es egal sein, wie und wo man gelernt hat – ob an der Schule oder außerhalb – Hauptsache, man hat es gelernt.

KB: Im Programm werden ja auch explizit alternative Bildungseinrichtungen als Lernorte erwähnt. Warum?

Georg: Staatliche Einrichtungen sind oft nicht

unbedingt Orte der Kreativität und der Erneuerung. Deshalb unterstützen wir auch Schulen in freier Trägerschaft, solange sie ihre Schüler nicht nach Herkunft oder finanziellen Möglichkeiten ausschließen und bestimmte Standards erfüllen. Wir halten daher eine entsprechende Ausfinanzierung solcher Schulen für geboten, so dass sie kein Schulgeld mehr verlangen müssen.

Ausgangspunkt waren für uns die Ziele „Vielfalt“ und „Wahlfreiheit“. Wir glauben, dass ein Bildungssystem nur dann der Vielfalt der Menschen gerecht wird, wenn es selbst eine Vielfalt an Bildungsangeboten und Bildungsformen bereithält. Jeder Mensch muss unabhängig von seiner sozialen und kulturellen Herkunft oder seinem Geldbeutel seine Bildung wählen können.

KB: Wo heben sich die Piraten mit ihrer Positionen zur Bildungspolitik am weitesten von der aktuellen Politik ab?

Andreas: Andere Parteien versuchen, den Lernenden ihren politischen Stempel aufzudrücken, indem sie den Schulen sagen, welche Werte sie lehren sollen. Bei den einen ist das Solidarität,



PD/LoC

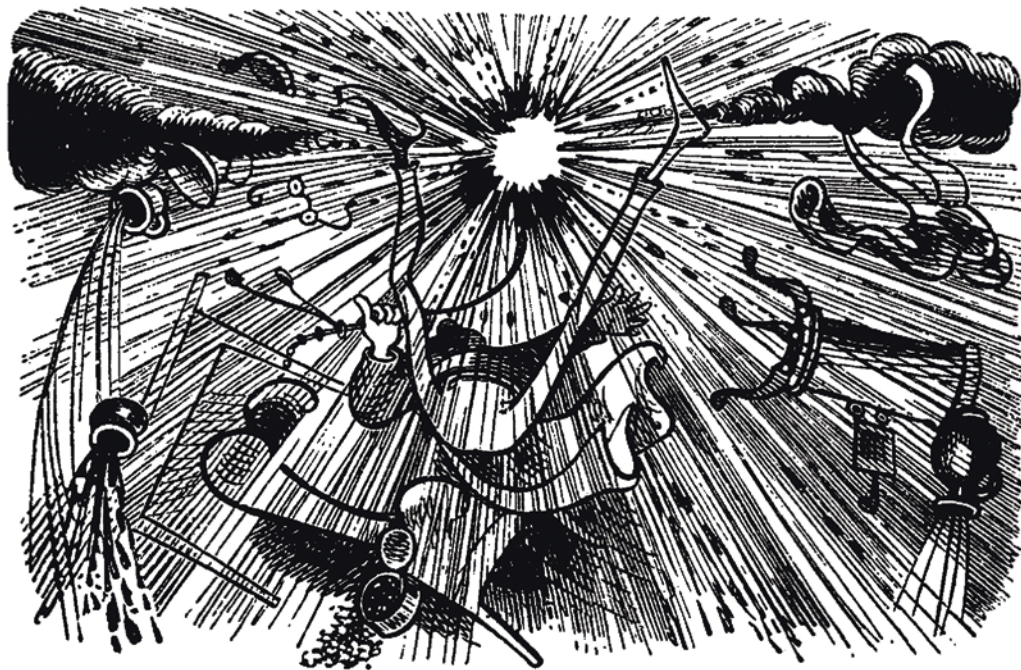
bei den anderen Pünktlichkeit oder Leistungsbereitschaft. Das ist aber nicht Aufgabe der Politiker – Politiker sollen Vorbilder sein und ihre Werte vorleben. Wenn wir den Schülern Freiheit, Solidarität und Demokratie vermitteln wollen, dann heißt das für uns, dass wir ein freiheitliches, solidarisches und demokratisches Bildungsprogramm verfassen, statt dort reinzuschreiben, dass man Schüler lehren soll, freiheitlich, solidarisch und demokratisch zu sein.

In der Gemeinschaftsschule können Kinder zusammen lernen, sich dabei auch gegenseitig unterstützen, müssen aber trotzdem nicht zur selben Zeit dasselbe tun.
Lena

KB: Habt Ihr Ideen, wie man die Forderungen der Piraten schnell angehen könnte?

Jakob: Intensivere Betreuung durch mehr Fachkräfte wie Lehrer und Psychologen, die den Lernenden auch außerhalb des Unterrichts zur Verfügung stehen und ihnen dabei helfen, ihre Lernziele zu finden und zu verwirklichen. Und natürlich auch ganz banale Dinge wie eine zeitgemäße medientechnische Ausstattung.

Lena: Um die Demokratisierung der Schulen voranzutreiben, können wir Schülerinnen und Schüler nur dazu aufrufen, ihre Schule selbst in die Hand zu nehmen. Ihr wisst am besten, wie ihr lernen sollt! Falls euch das interessiert, könnt ihr euch bei uns in das basisdemokratische Willensbildungswerkzeug „LiquidFeedback“ einarbeiten lassen. Damit könnt ihr eure Schule gemeinsam selbst gestalten.



Lehrer Lämpel explodiert, nachdem Max und Moritz Flintenpulver in seine Pfeife stopften.

PD: Wilhelm Busch

Berliner Piraten-Grundsatzprogramm: Bildung

Für die Berliner Piraten ist Bildung ein lebensbegleitender Entwicklungsprozess, in dem der Mensch seine Fähigkeiten ganzheitlich erweitert. Dies umfasst den Erwerb geistiger, kreativer, kultureller, sozialer und praktischer Kompetenzen. Bildungseinrichtungen sollen ein echter Lern- und Lebensraum sein, der neben Bildungs- und Freizeitangeboten auch Beratung und Hilfestellung bietet. Sie müssen es den Lernenden ermöglichen, sich an den Werten einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft orientiert zu bilden.

Recht auf Bildung

Jeder Mensch hat das Recht auf freien und selbstbestimmten Zugang zu Wissen und Bildung. Demokratie lebt von der Teilhabe der Menschen. Nur mit freiem Zugang zu Bildung und Wissen können alle Menschen in vollem Umfang am öffentlichen Leben und Diskurs sowie am demokratischen Prozess teilhaben.

Bildung und Wissenschaft sind die zentralen Antriebskräfte des sozialen, politischen und wirtschaftlichen Fortschritts, auf dem unser materieller und geistiger Wohlstand beruht. Sie versetzen uns in die Lage, Herausforderungen zu meistern, Problemlösungen zu finden und, wenn nötig, den Kurs zu ändern.

Bildung in der Informationsgesellschaft

Der Aufbruch in die global vernetzte Informationsgesellschaft ist gekennzeichnet durch eine selbstbeschleunigende Vermehrung der zugänglichen Informationen. In ihr entwickeln sich neue Formen der Informationsverarbeitung, der Kommunikation und der Kollaboration. Inhaltliche Standards verlieren an Bedeutung gegenüber der Fähigkeit des Lernenden, Informationen zu finden, auszuwählen und zu bewerten. Menschen bilden sich inzwischen dezentral und asynchron. Ein zukunftsfähiges Bildungssystem muss sich diesen neuen Herausforderungen stellen und die damit einhergehenden Chancen erkennen und nutzen.

Vielfalt und Wahlfreiheit

Jeder Mensch ist ein Individuum mit persönlichen Neigungen, Stärken und Schwächen. Bildung soll den Einzelnen unterstützen, seine Begabungen zu entfalten, Schwächen abzubauen und eigene Interessen und Fähigkeiten zu entdecken. Sie soll befähigen, sich Werte eigenständig anzueignen und kritisch zu hinterfragen. Wir begrüßen den Pluralismus der Begabungen und Fähigkeiten. Heterogenität ist ein Reichtum, den wir würdigen und unterstützen. Ein Bildungssystem kann der Vielfalt an individuellen Fähigkeiten und Lebensplänen nur dann gerecht werden, wenn es selbst eine Vielfalt an Bildungsangeboten und Bildungsformen bereit hält. Es muss insbesondere vielfältig genug sein, um den Lernenden zu ermöglichen, ihren eigenen, individuellen Bildungsinteressen selbstbestimmt zu folgen. Um eine freie und informierte Gestaltung des eigenen Bildungswegs zu unterstützen, müssen Lernenden ausreichend Betreuungs- und Beratungsangebote zur Verfügung stehen, die von Beginn an aktiv auf die Lernenden und ihre Familien zugehen und zur Nutzung des Bildungsangebots in seiner ganzen Bandbreite motivieren.

Ein Bildungssystem kann nur dann gerecht sein, wenn Wahlfreiheit herrscht: Jeder Mensch muss unabhängig von sozialer und kultureller Herkunft, finanzieller Lage und sonderpädagogischem Förderbedarf die von ihm bevorzugte Bildungsform frei wählen können. Pauschale Ausschlusskriterien sind grundsätzlich abzulehnen.

Es ist dafür Sorge zu tragen, dass Lernende nicht aufgrund ihrer finanziellen Situation gehindert sind, ihren gewünschten Bildungsweg zu verfolgen. Ein Bildungssystem muss so finanziert werden, dass es dabei nicht zu Wartezeiten kommt. In einer freiheitlichen Gesellschaft braucht Bildung nicht allein Staatsaufgabe zu sein: Alternative Bildungseinrichtungen fördern nicht nur die Vielfalt, sondern lassen Menschen selbst Verantwortung für Bildung übernehmen. Der Erwerb von Abschlüssen muss unabhängig davon möglich sein, wie und wo gelernt wurde. Wir erkennen an, dass Bildung auch außerhalb von Institutionen erworben werden kann. Neben herkömmlich erworbenen Abschlüssen muss es alternative Möglichkeiten geben, Zugang zu jeder Art von weiterführender Bildung zu erlangen.

Demokratisierung von Bildungseinrichtungen

Eine freiheitlich-demokratische, also eine auf den Prinzipien von Selbstbestimmung und Mitbestimmung aufbauende Gesellschaft, muss auch ihr Bildungssystem auf diese Grundlage stellen. Für die Lernenden sind Bildungseinrichtungen ein prägender und umfassender Bestandteil ihres Lebens. Deshalb müssen Bildungseinrichtungen mit originärem Bildungsauftrag demokratisch verfasst und transparent organisiert sein. Sie sind als Lebensraum der Lernenden und Lehrenden zu begreifen, dessen Mitgestaltung und Nutzung ihnen auch bezüglich der Lerninhalte offen stehen muss.

Die Entwicklung einer mündigen, kritischen und selbstständigen Persönlichkeit ist ein wesentlicher Aspekt von Bildung, der durch die Demokratisierung von Bildungseinrichtungen unterstützt und gefördert wird; demokratische Werte werden dabei nicht nur vermittelt, sondern auch gelebt.

Öffentliche Schulen als Vorbild: Gemeinschaft und Individualität vereinen

Der Staat hat nicht bloß gesetzgeberische Funktion, sondern ist auch Träger öffentlicher Schulen. Als solcher hat er ein öffentliches Schulsystem zu gestalten, das mit gutem Beispiel voran geht und dafür Sorge zu tragen, dass die oben gestellten Anforderungen in vorbildlicher Weise umgesetzt werden.

In jeder öffentlichen Schule sollen die Lernenden ihre Laufbahn flexibel und individuell planen und absolvieren können. Durch individuell unterstützende Strukturen und Angebote sollen Schulen den unterschiedlichen Interessen und Lerngeschwindigkeiten Rechnung tragen. Ein vorgeschriebenes einheitliches Lerntempo lehnen wir ab, da es den individuellen Bedürfnissen der Lernenden nicht gerecht wird. Durch individuelles Lernen verbunden mit intensiver bedarfsorientierter Unterstützung der Lernenden sollen Schulen gerechter werden. Die soziale Herkunft darf nicht über den Bildungserfolg entscheiden. Wir begrüßen die Entwicklung hin zu Gemeinschaftsschulen, da diese Schulform unseren Ansprüchen am ehesten genügt. Im öffentlichen Schulwesen soll Raum sein für alternative Schulkonzepte wie zum Beispiel Demokratische Schulen, reformpädagogische Schulen, mehrsprachige und internationale Schulen. Schulen sollen den Lernenden zu Erfolgserlebnissen und nicht zur Erfahrung des Scheiterns verhelfen. Bewertungen von Lernenden müssen diese als Individuen würdigen und ihre Leistungen als Bestandteil und Ergebnis eines Entwicklungsprozesses unter verschiedenen Aspekten in den Blick nehmen. Sie sollen den Lernenden vorrangig als Rückmeldung über ihre Bildungsfortschritte dienen und nicht der interpersonellen Vergleichbarkeit.

Wir setzen uns für eine ganztägige Öffnung der Schulen und für ein breitgefächertes schulisches Angebot von Aktivitäten ein, die gebührenfrei sind und allen Lernenden offenstehen.

Quo vadis Hochschulgesetz Berlin

Hochschulpolitik im Jahr 2011 von Martin Delius

An Universitäten und Hochschulen in Berlin arbeiten, lernen und lehren etwa 200.000 Menschen. Eine noch höhere Anzahl Menschen in diesem Umfeld profitieren in irgendeiner Weise von der Studentenstadt Berlin. Die Situation an den Hochschulen betrifft beinahe die ganze Stadt.

Entwicklungen der letzten Jahre wie Modularisierung der Lehre, so genannte Exzellenzinitiativen und die Anbiederung an die privat finanzierte Forschung, haben der Lehre an Hochschulen in Berlin nicht gut getan. Die Zielgruppe änderte sich. Gute Studierende sind heute zielstrebige junge und gesunde angehende Berufsanfänger und Praktikanten, die stets mit dem Gedanken an Effizienz und gefüllt mit modularen Wissenshäppchen der immer nächsten Klausur auf deutlich vorgezeigten Wegen ihres Studienverlaufsplans hinterher hetzen. Diesen Entwicklungen wird das Berliner Hochschulgesetz gerade angepasst.

Widerstand gab es zu diesen Problemen regelmäßig. Dabei ging es mal ganz profan um das Geld, die Hörsäle zu heizen und mal um die Abkehr vom Prinzip des fachübergreifenden Studiums. Professoren sahen stets verwundert von ihren vollen Schreibtischen auf und dachten an die Zeit, als ihre Sekretärin noch ganztags arbeiten konnte und die Mitarbeiter neben der Lehre auch noch zum Forschen kamen oder umgekehrt. Unterdessen mussten die Hochschulen „ergebnisoffen Diskutieren“. Entschieden hat der Senator selbst.

Seit Jahren heißt es, die Hochschulen müssten effizienter arbeiten und Studierendenplätze kosten zu viel Geld. Regelmäßig wird durch den Senat auf die vermeintliche Autonomie der Hochschulen auf die Pflicht zur Profilbildung gepocht. Eine Phrase, hinter der sich der



Foto: privat

Martin Delius
27, studiert Physik an der TU Berlin,
Kandidat für das Abgeordnetenhaus
Website: polis.martindelius.de

Berliner Bildungssenator Jürgen Zöllner gern versteckt, wenn es darum geht Studiengänge zu streichen und Professoren oder wissenschaftliche Mitarbeiter einzusparen.

Die Freiheit von Lehre und Forschung funktioniert nicht mit ständigen Eingriffen des Senats. Professoren müssen durch die Hochschulen berufen werden, nicht durch den Senat. Die individuellen Hochschulverträge müssen gestärkt werden und in Verhandlungen auf Augenhöhe entstehen. Eine höhere Laufzeit von 4 Jahren bedeutet Planungssicherheit und mehr Freiraum für Demokratie an Hochschulen.

Schon dieses Jahr ist ein extremer Anstieg der Studienanfänger durch zwei Abiturjahrgänge und den Wegfall der Zwangsdienste zu erwarten. Statt mit immer neuen Qualitätskriterien zu

reagieren, die zu mehr Klausuren in kürzerer Zeit mit weniger Inhalt führen, um die Massen abzufertigen, muss die Regelstudienzeit fallen. Derzeit verweigert der Senat den Hochschulen das Geld pro Studierenden nach einer Regelstudienzeit.

Studienverläufe müssen aufgelockert werden. Die starke Beschränkung auf festgelegte und modulare Inhalte entsteht aus der Not der Lehrenden. Statt wissenschaftlichen Mitarbeitern mit vernünftigen Qualifikationsstellen eine Perspektive in Lehre und Forschung zu geben, führt das neue Gesetz schlecht bezahlte Stellen ohne Forschungsaufgaben ein, die dann die Lehre übernehmen sollen.

Die Senkung von Zulassungshürden für Menschen ohne Abitur ist zu begrüßen, wird aber ohne eine strukturelle Änderung der Hochschulgesetzgebung zu weiter steigenden Abbrecherzahlen führen. Über die Zugangsvoraussetzung zum Masterstudium hält sich das neue Hochschulgesetz bedeckt. In Wahrheit gibt es nicht viel mehr als die Hälfte der notwendigen Master-Studienplätze. Die müssen aber zumindest innerhalb Berlins garantiert werden können.

Die Stadt Berlin kann es sich nicht mehr leisten, Ergebnisse aus der Forschung den privaten Instituten zu überlassen, junge fähige Wissenschaftler durch absurde Arbeitsverhältnisse und Perspektivlosigkeit zu verprellen und eine hilflose (Selbst-)Verwaltung für seine öffentlichen Bildungseinrichtungen ohne Planungssicherheit zurückzulassen.

Das neue Hochschulgesetz wird auch von Piraten nicht zu stoppen sein. Wir werden aber die Betroffenen einbinden und sie die zukünftige Entwicklung gestalten lassen.

Frei muss frei bleiben!

„Kinder wollen singen“ Musikpiraten e.V. verteilt Liederbücher an 50.000 Kitas

Piraten und weitere Helfer verteilen kostenlos 2000 Buchbroschüren an Kindergärten, Kinderläden und ähnliche Einrichtungen in Berlin. Das 68 Seiten starke Büchlein *Kinder wollen singen* (siehe S. 12) enthält 49 traditionelle Kinderlieder, darunter auch saisonale Klassiker wie „Laterne, Laterne“ und „O Tannenbaum“. Das Besondere daran: Alle Melodien, Texte und Notensätze sind gemeinfrei, d.h. sie unterliegen keinem urheberrechtlichen Schutz und können somit nach Belieben kopiert und die Kopien verteilt werden. Erstellt und herausgegeben wird die Sammlung mit einer Gesamtauflage von 54.800 Stück vom gemeinnützigen Musikpiraten e.V., finanziert wird die Aktion ausschließlich durch Spenden von Privatleuten und wenigen Unternehmen. Das alles ist schön und gut – aber warum braucht es so etwas überhaupt?

Im vergangenen Herbst drang eine Problematik in die breiten Medien vor, die sonst nur direkt Betroffenen bewusst ist. Die Lizenzierung von urheberrechtlich geschützten Werken brachte entristete Schlagzeilen wie „GEMA will bei Kitas abkassieren“ oder „Die Verwertungsgesellschaft GEMA fordert eine Kinderlieder-Gebühr!“ hervor. Der Auslöser der Geldentreibe-Aktion der *Verwertungsgesellschaft (VG) Musikedition* – die ist nämlich eigentlich zuständig für Notendrucke – lag da aber schon fast ein Jahr zurück. Akut wurde das Problem jedoch erst richtig mit Laternenumzügen und Adventsfeiern, die von vielen Vorschuleinrichtungen durchgeführt werden. Die berühmt-berüchtigte *Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (GEMA)* wiederum, die von nicht wenigen Musikschaffenden aufgrund ihrer intransparenten und ungerechten Abrechnungs- und Ausschüttungspraxis abgelehnt wird, bekam von der VG Musikedition den Inkasso-Auftrag für die Kindergärten übertragen.

2010 flatterte den Kindergärten und ihren Trägern ein Brief der VG Musikedition in Haus, der als „Hinweis“ auf die rechtliche Situation beim gemeinsamen Lieder-Singen gemeint war und, nunja, ein Angebot unterbreitete. Mit dem Betreff „Kopieren von Noten und Liedtexten in Kindergärten, Kindertagesstätten und vorschulischen Einrichtungen“ hieß es da unter anderem: „...Die Beschaffung von Liederbüchern oder Notenausgaben für diese Einrichtungen

hat in der Vergangenheit einen erheblichen Kostenfaktor dargestellt. Wie schön wäre es daher, auf einem einfachen und zudem legalen Weg Kopien der benötigten Lieder anzufertigen.

Sie haben nun erstmalig die Wahl, wie Sie an Notenblätter und Liedtexte in ausreichender Stückzahl kommen: Entweder Sie kaufen wie bislang mehrere Exemplare einer Publikation oder fertigen mit einer jährlich erneuerbaren GEMA-Lizenz Kopien selbst an, sobald Bedarf entsteht...“

Dem Schreiben lag zudem ein Flyer bei, der diese tolle neue Möglichkeit für Erzieher auf legalem Wege zu Noten- und Liedtext-Kopien zu kommen, genauer ausführt: Ab 56 Euro für maximal 500 Kopien bis 2224 Euro für 20.000 Kopien pro Jahr und Einrichtung kann man bei der GEMA die Lizenz zum Kopieren erwerben.

Wie komplex der Schutz durch Urheberrecht, Leistungsschutzrechte und sogar das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb ist, erklärt die VG Musikedition ausführlich in ihrer Broschüre *Täter im Frack – Das Fotokopieren von Noten ist kein Kavaliersdelikt*, die sich gezielt an „Musiker, Pädagogen, Schüler und Studierende“ richtet. Letztlich zählt aber nur Eines: Jegliches Kopieren ist verboten, egal für welchen Zweck und unter welchen Umständen, dies stellt die VG hier eindeutig klar.

Unter diesen Umständen kann das Massenschreiben an die Kitas dann weniger als nette Aufmerksamkeit denn als direkte Zahlungsforderung verstanden werden. Mit ein wenig Verzögerung erfolgte dann der öffentliche Aufschrei, zuerst von Kita-Trägern, dann Eltern, schließlich den Medien. Wie kann es denn sein, dass man im Rahmen von Bildung und Gemeinwohl Geld für das Kopieren von ein paar Notenheft- oder Liederbuch-Seiten verlangt?

Kulturelle Gemeingüter

...Materielle, soziale und kulturelle Gemeingüter sind Voraussetzungen für das Leben, Zusammenleben und Wirtschaften, auf allen Ebenen gesellschaftlicher Organisation... Anknüpfend an das Mandat der UNESCO für Kommunikation und Information... setzt sich die Deutsche UNESCO-Kommission unter anderem ein für

- den freien, für die Nutzer im Regelfall kostenlosen Zugang zu mit öffentlichen Mitteln produziertem Wissen;
- die Digitalisierung unseres gemeinsamen kulturellen Erbes und den freien Zugriff auf dieses;
- die Förderung freier Lizenzierungsformen, etwa die „Creative Commons“ Lizenzen. Die öffentliche Hand, einschließlich der öffentlich-rechtlichen Medien und der UNESCO, sollte diesbezüglich vorbildlich handeln.

Bewahrung, Nutzung und Förderung der Gemeingüter
Resolution der Deutschen UNESCO-Kommission, Berlin, April 2011

Nun, ganz einfach: Dies stellt eben keine Ausnahme dar, sondern ist im Gegenteil nur die Durchsetzung von rechtlichen und finanziellen Normen, die für andere Bildungs- und gemeinwohlorientierte Institutionen sowie für uns alle als Otto-Normalbürger schon lange gelten.

Aber zurück zum Buch *Kinder wollen singen* des Musikpiraten e.V. Der Verein steht der Piratenpartei nahe und setzt sich für die Förderung freier kulturelle Inhalte, vor allem freier Musik ein. Damit auch weiterhin in Kinderbetreuungseinrichtungen aus voller Lunge gesungen werden kann, beschloss der Verein, über 50.000 Liederbücher mit gemeinfreien Kinderliedern zu drucken und zu verteilen. Der Verein fand Freiwillige, die die Kinderlieder neu setzten und warb Spenden, vor allem von Privatleuten, in ganz Deutschland ein. Vor allem setzte er sich aber mit der VG Musikedition auseinander und ließ die Gemeinfreiheit der verwendeten Melodien bestätigen. Das erste Ergebnis in Form des Liederbüchleins liegt nun vor und wird von vielen Helfern an Vorschuleinrichtungen verteilt. Selbstverständlich können das gesamte Buch und auch die einzelnen Notenblätter als PDF online heruntergeladen und ausgedruckt werden. Das Projekt *Kinder wollen singen* läuft unterdessen weiter und sammelt freie oder speziell lizenzierte Musikstücke, macht Liedgut für die Allgemeinheit nutzbar.

Links

kinder-wollen-singen.de
musik.klarmachen-zum-aendern.de

MIMI und EUNICE
[spricht: Me-Me und You-Ness]
CC-BY-SA: Nina Paley
(Übersetzung: Redaktion)



Schule 2020: Eine kleine Utopie

Ich gebe meinen Senf dazu von zuse

So könnte ein idealer Schultag im Jahr 2020 aus Sicht der Jungen Piraten aussehen. Es berichtet uns Tine Pira von ihrem Schulleben aus der Zukunft.

Es ist Montagmorgen. Die Sonne scheint durch die großen und luftdurchlässigen Fenster des erst kürzlich behindertengerecht hergerichteten Altbaus meiner Schule. Der gesamte Schulhof ist ebenerdig und am gesamten Gebäude gibt es ausreichend Fahrstühle für gehbehinderte Schüler. Meine Schule ist Teil eines neuen liberalen Schulkonzeptes, in dem die Schüler möglichst eigenständig und frei von Zwängen lernen können.

Gerade haben wir Geschichte, der Unterricht ist interessant gestaltet und alle zehn Schüler der Klasse können sich aktiv mit einbringen. Wir haben im Moment das Thema „Libyen auf dem Weg zur Demokratie“ und schauen uns dafür Zeitungsartikel aus dem Jahr 2011 über den Beamer und das interaktive Whiteboard an. Im Anschluss bietet uns die Lehrkraft ein Forum an, um sachlich über das eben behandelte Thema diskutieren zu können.

Jetzt haben wir Pause und ich setze mich mit meinen Freunden in unsere großzügige und ansprechend gestaltete Grünanlage. Wir schauen den Kleineren beim Fußball zu, während wir ein gesundes und ausgewogenes Frühstück zu

uns nehmen, welches wir in unserer Schulkantine kostenlos zur Verfügung gestellt bekommen. Die Schule bietet vielfältige Möglichkeiten, seine Zeit aktiv zu nutzen. In der Grünanlage gibt es einige Sitzgelegenheiten sowie einen Fußball- und Basketballplatz. Zudem gibt es noch ein Klettergerüst und einige Schaukeln. Außerdem gibt es eine Menge verschiedener Obstbäume, die im Sommer Schatten spenden, und von denen die Schüler auch die Früchte essen dürfen.

Als die Pause zu Ende ist, folgt der wahlfreie Unterricht. In einer Vielzahl von Arbeitsgemeinschaften kann man sich außerhalb des normalen Unterrichts zusätzliches Wissen aneignen. Ich habe die Chemie-AG gewählt, weil es das ist, was mich schon immer interessiert hat und später, wenn ich die Schule abgeschlossen habe, möchte ich mich gerne in diesem Bereich weiterbilden oder arbeiten. Die AG Umwelt kümmert sich sowohl um unsere Obstbäume als auch um die stetige Verbesserung der Energieeffizienz unserer Schule.

Nach der Schule schaue ich in mein E-Mail-Postfach oder in das schuleigene Internetangebot, welche Hausaufgaben wir auf haben. Hier kann ich nicht nur Arbeitsblätter noch einmal aufrufen, sondern mich auch einfach mit meinen Mitschülern vernetzen und Lernprobleme ansprechen. Nachdem ich meine Hausaufgaben

am PC gemacht habe, schicke ich diese wieder auf mein Benutzerkonto in der Schule. Dies ist besonders praktisch, da ich dadurch meine Aufgaben nicht mehr zu Hause vergessen kann.

Hinzukommend bietet unser Portal mir und meinen Eltern eine übersichtliche und einfache Möglichkeit, meinen derzeitigen Leistungsstand einzuschätzen, da meine Noten aufgelistet und nachvollziehbar in einer Datenbank stehen. Der richtige Umgang mit solch sensiblen Daten wird uns in der Schule im Telekommunikationsunterricht beigebracht. So lernen wir unsere Privatsphäre zu schützen und auch im späteren Leben wissen wir dann, wie man mit sensiblen Informationen umzugehen hat.

Es ist kaum zu glauben, wie Schüler im 20. Jahrhundert ohne ein solch zukunftsweisendes Schulkonzept, in einer immer mehr technologisierten Welt, effizient lernen konnten.

Alles in allem bin ich sehr froh über dieses Konzept und die vielen verschiedenen Möglichkeiten, die es uns Schülern bietet.



Die Kaperbrief-Redaktion ist gespannt auf deine Meinung!
Schick deinen Senf an: info@kaperbrief.org

Dieses Quadrat enthält einen zweidimensionalen **QR-Code** (Quick Response), dessen Technik interessanterweise jeder verwenden darf, weil das Patentrecht von der Herstellerfirma nicht ausgeübt wird. Mit vielen Mobiltelefonen und Computern (PDAs) kann man diesen Code auslesen und sich auf eine Website leiten lassen, falls die entsprechende Information codiert wurde.

Dieser QR-Code enthält die Webadresse **www.kaperbrief.org/a04** und man wird von hier aus auf alle Links verwiesen, die in dieser Ausgabe des Kaperbriefs vorkommen.



Dabei sein statt nur dagegen!

Misch dich ein und unterstütze die Piraten im Berliner Wahljahr 2011

Die Redaktion des Kaperbriefs freut sich über jede Hilfe. Die Piratenpartei verfügt nur über wenige Finanzmittel. Aktivitäten wie der Kaperbrief werden daher ausschließlich über Spenden möglich. Wir bitten deshalb um Spenden an die Piratenpartei Berlin:

Konto 1103713200
BLZ 43060967
GLS Gemeinschaftsbank
Als Verwendungszweck bitte angeben:
Spende Kaperbrief
Wer Namen und Anschrift angibt, erhält natürlich auch eine Spendenbescheinigung.

Die Redaktion freut sich übrigens nicht nur über E-Mails, sondern auch über physische Post!

Impressum

Kaperbrief – Piratenzeitung zu Berlin
ISSN: 2191-3056

Herausgeber:
Piratenpartei Deutschland, LV Berlin
Pflugstraße 9a, 10115 Berlin
Telefon: 030/60982288-0
Fax: 030/60982288-9

Internet: www.kaperbrief.org
Briefe an die Redaktion:
info@kaperbrief.org

Redaktion: Stefan Gerecke, Dietmar Strauch (V.i.S.d.P.), Kathi Woitas
Bildredaktion: Lisa Vanovitch

Druck: Henke Pressedruck, Berlin

Copyright:
Alle durch die Kaperbrief-Redaktion erstellten Inhalte werden unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 veröffentlicht (siehe <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/>). Jeder darf unter den Bedingungen dieser Lizenz Beiträge vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Abbildungen und Fotos können unter einer abweichenden Lizenz stehen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Mitgliedsantrag



An die
Piratenpartei Deutschland Berlin
Pflugstr. 9a

10115 Berlin

Fax: +49 (0)30 609 822 889

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft in der Piratenpartei Deutschland Berlin.

Vorname	Name	Geburtsdatum
Anschrift		PLZ und Ort
E-mailadresse		

Mitglied in der Piratenpartei Deutschland Berlin kann jede Person werden, die das 16te Lebensjahr vollendet hat. Bei minderjährigen Antragstellern muss dieser Antrag von den Erziehungsberechtigten unterschrieben werden.

Staatsangehörigkeit

Der Mitgliedsbeitrag beträgt laut Bundessatzung 36,- € jährlich und ist zum 1.1. des Jahres im Voraus fällig. Im Beitrittsjahr wird er anteilig ab dem Beitrittsmonat berechnet und ist sofort fällig. Wenn Du mehr als 36,00 € im Jahr zahlen möchtest, dann trage im Feld Mitgliedsbeitrag den Betrag ein, den Du bereit bist zu zahlen. Du kannst Deinen Mitgliedsbeitrag vor jeder Fälligkeit durch schriftliche Erklärung anpassen. Sollte Dein Einkommen nicht ausreichen um 36,00 € im Jahr zu zahlen, trage einen Betrag im Feld Mitgliedsbeitrag ein, der Deinen finanziellen Möglichkeiten entspricht.

Mitgliedsbeitrag

Bitte bedenke bei der Wahl Deines Mitgliedsbeitrages auch, dass die Piratenpartei Deutschland laut PartG §18 für jeden Euro Mitgliedsbeitrag oder Spende (max. 3300,- €) ca. 1,- € aus der staatlichen Parteienfinanzierung dazu bekommt.

Du kannst 50 % der von Dir gezahlten Mitgliedsbeiträge und Spenden (max. 825,- €) laut EstG §34g von Deiner Einkommensteuer abziehen. Sollte im Laufe eines Jahres mehr zusammen kommen ist Dieser Betrag laut EstG §10b als Sonderausgabe vom zu versteuernden Einkommen abzugsfähig. Am Ende des Jahres wird allen Mitgliedern eine Zuwendungsbescheinigung für das Finanzamt zugesandt.

Mit meiner Unterschrift bestätige ich, dass ich die folgenden Information zur Kenntnis genommen habe:

Die Piratenpartei Deutschland speichert und verarbeitet die personenbezogenen Daten aus diesem Mitgliedsantrag in einem vom Bundesverband betriebenen zentralen Mitgliederverwaltungssystem sowie in dezentralen Systemen einzelner Gliederungen. Die Speicherung und Verarbeitung der Daten dient ausschließlich internen Zwecken der Partei, insbesondere der Kommunikation mit den Mitgliedern, der Abrechnung von Spenden und Mitgliedsbeiträgen, der Rechenschaftslegung im Sinne des Parteiengesetzes und der Überprüfung von Wahl- und Stimmberechtigungen in Sitzungen der Parteigremien sowie der Teilnahmeberechtigungen in von der Partei betriebenen IT-Systemen. Eine Weitergabe an Dritte außerhalb der Partei z.B. für Werbezwecke findet nicht statt.

Ort	Datum	Unterschrift des Antragstellers
Ort	Datum	Unterschrift des Erziehungsberechtigten

Als erste Anlaufstation für Neupiraten empfehlen wir das Squad counselor, eine Crew in Deiner Nähe und natürlich das Wiki. Willkommen an Bord, Pirat.

Die Gedanken sind frei



Die Ge- dan- ken sind frei, wer kann sie er- ra- ten.

Sie flie- gen vor- bei, wie nächt- li- che Schat- ten.

Kein Mensch kann sie wis- sen, kein Jä- ger er- schie- ßen

mit Pul- ver und Blei: Die Ge- dan- ken sind frei!

Überliefert - Anfang des 19. Jahrhunderts

2. Ich denke, was ich will und was mich beglückt.
doch alles in der Still und wie es sich schicket.
Mein Wunsch und Begehren kann niemand verwehren.
Es bleibet dabei: Die Gedanken sind frei!
3. Und sperrt man mich ein im finsternen Kerker,
das alles sind rein vergebliche Werke.
Denn meine Gedanken zerreißen die Schranken
und Mauern entzwei: Die Gedanken sind frei!
4. Drum will ich auf immer den Sorgen entsagen
und will mich auch nimmer mit Grillen mehr plagen.
Man kann ja im Herzen stets lachen und scherzen
und denken dabei: Die Gedanken sind frei!

Die Gedanken sind frei

Das aus dem 18. Jahrhundert stammende Volkslied drückt die Sehnsucht nach Freiheit und Unabhängigkeit aus und wurde deshalb oft als offene oder versteckte Kritik an politischer Unterdrückung gesungen und verstanden.

- Dieses Freiheitslied beflügelte die Studenten bei ihren Forderungen nach Meinungsfreiheit in den Jahren vor der Revolution von 1848.
- Am 9. September 1948 während der Blockade hielt Ernst Reuter vor der Reichstags-Ruine seine berühmte Rede *An die Völker der Welt*; anschließend sangen 300.000 Berliner spontan dieses Lied.

Die Buchbroschüre **Kinder wollen singen** mit 49 gemeinfreien Noten und Liedtexten für Vorschulkinder erhalten alle Berliner Betreuungseinrichtungen. Der Musikpiraten e.V. versorgt alle 50.299 Kinderbetreuungseinrichtungen in Deutschland mit einem Buch, aus dem Lieder zum gemeinsamen Singen nach Lust und Laune kopiert und weitergegeben werden dürfen.

2000 Exemplare sind für die Berliner Kitas reserviert. Sie werden von Piraten und anderen Helfern verteilt, zu den Hintergründen Seite 9. Und für alle, die auch gern Liedtexte und Notenblätter oder die gesamte Sammlung nutzen möchten gibt es natürlich auch PDF-Versionen zum Selber-Ausdrucken auf der Webseite von kinder-wollen-singen.de. Allen kleinen und großen Sängern viel Spaß mit der (wieder) freien Musik!